



GEMEINDE UNTERSIEBENBRUNN

2284 Untersiebenbrunn, Hauptstraße 16
T 02286 2320
e gemeindeuntersiebenbrunn@aon.at

Bez. Gänserndorf (NÖ)
F 02286 2320-16
www.untersiebenbrunn.com

Nr. 5/2016

Protokoll

der Sitzung des Gemeinderats

am Dienstag, dem 05. Juli 2016,

im Gemeindeamt Untersiebenbrunn, OG, großer Sitzungssaal

Beginn: 19.30 Uhr
Ende: 21.21 Uhr

Die Einladung erfolgte am 28. Juni 2016 via eMail.

Anwesend	Bürgermeister	Reinhold Steinmetz
	Vizebürgermeister	Manfred Egel
	gf Gemeinderäte	Dieter Dorner Ing. Johann Vesely Helmut Wagner Dagmar Zier
	Gemeinderäte	Christoph Baumgartner Mag. Alexandra Dorner Barbara Eliasek Simone Haidvogel Michael Heller Walter Schalek Mag. Christine Staudigl Herbert Steindl Michael Uher Martin Vales Ing. Gerhard Zier
Entschuldigt	Gemeinderat	Karl Silhengst Mag. Michael Zier
unentschuldigt		entfällt
Schriftführung		Gudrun Zauner
Vorsitz	Bürgermeister	Reinhold Steinmetz

Die Sitzung ist öffentlich. Die Sitzung ist beschlussfähig.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit eröffnet der Bürgermeister die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats und die Gäste.

Bgm. Steinmetz bringt einen Dringlichkeitsantrag zur Verlesung und stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Aufnahme des Dringlichkeitsantrags „Ausländergrundverkehr“ in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufnehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Bgm. Steinmetz legt die Behandlung des Punktes als TOP 13) „Ausländergrundverkehr“ nach TOP 12) in nicht-öffentlicher Sitzung fest.

Die FPÖ Untersiebenbrunn bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, den gGR Dieter Dorner verliest. Anschließend stellt er den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Aufnahme des Dringlichkeitsantrags „Gesetzwidrige Kostenbelastung der NÖ Gemeinden aus der Mindestsicherung für Asylanten“ in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufnehmen.

Abstimmungsergebnis: dafür: FPÖ

dagegen: Baumgartner, Egel, Haidvogel, Heller, Steinmetz, Uher, Vales, Ing. Vesely, Wagner

enthaltend: Schalek, ÖVP

Beschluss: abgelehnt

Zu TOP 1) Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14. Apr. 2016

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung wurde erstellt und den Zustellbevollmächtigten der Wahlparteien zugesandt. Es sind keine schriftlichen Stellungnahmen eingebracht worden, das Protokoll ist daher endgültig.

Zu TOP 2) Initiativantrag vom 20. März 2016

Bgm. Steinmetz führt aus, dass die Prüfung der Unterschriften ergeben hat, dass die Anzahl der berechtigten Unterzeichnungen ausreichend für die Durchführung einer Volksbefragung ist.

Der Bürgermeister führte Gespräche mit allen Gemeindevorstandsmitgliedern, in denen

Folgendes besprochen wurde:

Zur Durchführung einer Informationsveranstaltung wurde mit der zuständigen Stelle des Amtes der NÖ Landesregierung Kontakt aufgenommen. Am Dienstag, dem 21. Juni 2016, hat Herr Ing. Kuttenger telefonisch zugesagt, sich mit seinen Vorgesetzten um die Entsendung einer kompetenten Auskunftsperson zu bemühen. Das Vorgespräch zur Informationsveranstaltung mit den Mitgliedern des Gemeindevorstandes und den Initiatoren der Volksbefragung findet mit Herrn DI Mader, Straßenbauabteilung, am 14. Juli 2016, um 17.00 Uhr, im Gemeindeamt statt.

Gemäß § 16a Ziff. 1 NÖ Gemeindeordnung hat der Bürgermeister in einem an den Zustellungsbevollmächtigten gerichteten Bescheid darüber abzusprechen, dass die Behandlung des Antrages unterbleibt, wenn [...] der Initiativantrag Angelegenheiten betrifft, die von den zuständigen Organen bereits erledigt worden sind. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14. April 2016 unter TOP 19) einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ) Beschlüsse über die Kostendeckelung der Projekte Kreisverkehr Bergfeld und Spange Untersiebenbrunn gefasst, daher ist der Antrag bereits erledigt worden.

Der Bürgermeister ersucht die Mitglieder des Gemeinderats um Wortmeldungen. gfGR Dieter Dorner betont die Wichtigkeit der ausführlichen Information der Bevölkerung. Insbesondere soll in der geplanten Veranstaltung auch auf die verschiedenen Möglichkeiten und die jeweils zu erwartenden Kosten eingegangen werden.

Hinsichtlich des – hoffentlich baldigen – Termins dieser Informationsveranstaltung ist die Gemeinde vom Amt der NÖ Landesregierung abhängig, erläutert Bgm. Steinmetz auf Nachfrage von GR Steindl.

Im Namen der Initiatoren des Initiativantrags legt gfGR Dieter Dorner dar, dass das Ziel der Volksbefragung nicht die Verhinderung des Kreisverkehrs bzw. der Spange sei, sondern die Begrenzung der Kosten und die Verhinderung eines Beschlusses zur Errichtung und Finanzierung ohne Wenn und Aber. Ebenso verwehren sich die Initiatoren gegen die im Voranschlag 2016 ausgewiesene Ausgabe von 1 Mio. Euro.

Bgm. Steinmetz hält fest, dass die Beschlüsse der letzten Gemeinderatssitzung für die Errichtung der beiden Straßenbauvorhaben unter Setzung eines Kostendeckels die beste Vorgangsweise darstelle.

Bgm. Steinmetz stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge den Bürgermeister mit der bescheidmässigen Zurückweisung des Initiativantrags vom 20. März 2016 gemäß § 16a (1) NÖ Gemeindeordnung aufgrund der Erledigung durch die Beschlussfassung des Gemeinderats im Tagesordnungspunkt 19) der Sitzung am 14. Apr. 2016 beauftragen.

Abstimmungsergebnis: dafür: Eliasek, SPÖ, Mag. Staudigl, Dagmar Zier

enthalten: FPÖ, Ing. Gerhard Zier

Beschluss: angenommen

Zu TOP 3) Darlehensvergabe ABA BA10 und WVA BA06

Der Bürgermeister erteilt gfGR Ing. Vesely das Wort. Dieser präsentiert den von Frau KV-Stv. Tosic angefertigten Darlehensvergleich für Kanal- und Wasserarbeiten in der Getreidegasse, Strohgasse und am Birkenweg. Angefragt und angeboten haben Hypo NÖ, Volksbank Marchfeld, UniCredit Bank Austria und Raiffeisenregionalbank Gänserndorf, bei dem sich die Raiffeisenkasse als günstigste Anbieterin mit einem Aufschlag von 0,67 % auf den 6-Monats-Euribor bei einer Laufzeit von 15 Jahren herausgestellt hat.

gfGR Ing. Vesely stellt den

Antrag an den Gemeinderat: Der Gemeinderat möge die Darlehensvergabe in Höhe von € 420.000,00 an die Raiffeisenregionalbank Gänserndorf zu einem Aufschlag auf den 6-Monats-Euribor in Höhe von 0,67 % beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 4) Elternbeitrag Tagesbetreuungseinrichtung (TBE) Untersiebenbrunn

Bgm. Steinmetz fasst die Vorgeschichte und die intensive Diskussion aller Beteiligten zusammen. Es ist nicht erfreulich, dass entgegen des vorab gezeigten Interesses nur eine verbindliche Anmeldung eingegangen ist.

Der Bürgermeister erteilt Vzbgm. Egel das Wort. Dieser berichtet von der Schul-, Kindergarten- und Jugendausschusssitzung am Dienstag, den 28. Juni 2016, 18.30 Uhr, wie folgt:

Im Schuljahr 2016/17 können acht Kinder, die das 30. Lebensmonat (= zweieinhalb Jahre) vollendet haben, nicht mehr im Kindergarten Untersiebenbrunn aufgenommen werden, per September 2016 wurden alle 2-½-jährigen Kinder aufgenommen. Es sind noch zwei Plätze für Kinder, die das Pflichtkindergartenjahr erfüllen müssen und während des Schuljahres 2016/17 nach Untersiebenbrunn ziehen, freigehalten worden.

Unabhängig davon haben sich im Kindergarten keine weiteren Personen für die Tagesbetreuungseinrichtung interessiert.

Nach intensiver Debatte und dem Vergleich mit anderen Anbietern in der näheren Umgebung schlägt der Schul-, Kindergarten- und Jugendausschuss daher vor, den monatlichen Elternbeitrag pro Kind wie folgt festzulegen:

5 Tage/Woche	ganztags	07.00 bis 17.00 Uhr	€ 280,00/Monat
3 Tage/Woche	ganztags	07.00 bis 17.00 Uhr	€ 200,00/Monat
5 Tage/Woche	halbtags	07.00 bis 12.00 Uhr	
	oder	13.00 bis 17.00 Uhr	€ 200,00/Monat

Weitere Fixkosten für die Eltern sind (gleichlautend zum NÖ Landeskindergarten) der Bastelbeitrag von € 10,00 und der Getränkebeitrag von € 5,00 jeweils pro Monat. Die Kosten für ein Mittagessen betragen vorbehaltlich dem Beschluss unter TOP 5) € 3,50.

Das Alter der zu betreuenden Kinder in der Tagesbetreuungseinrichtung wird auf eineinhalb Jahre (= 18 Monate) bis längstens Pflichtkindergartenjahr erweitert.

Der Bürgermeister ersucht die Mitglieder des Gemeinderats um Wortmeldungen. GR Vales verweist auf die zu hohen Kosten für jene, die Bedarf hätten. gfGR Dieter Dorner verweist auf die Beschlüsse in der Gemeinderatssitzung vom 29. Dez. 2015, die Berichte in der Gemeinderatsitzung vom 20. März 2016 (Vergabe der Gewerke durch den damaligen Bürgermeister) und darauf, dass der Zeitdruck nicht gegeben war, weil nur eine Anmeldung erfolgt ist.

gfGR Dagmar Zier berichtet über die ausführliche Beratung in der Schul-, Kindergarten- und Jugendausschusssitzung, die sowohl die monetäre Belastung der BürgerInnen als auch die finanzielle Verantwortung der Gemeinde im Umgang mit den Steuern Aller enthielt. Auch weist sie auf die Förderungen des Landes NÖ für Kinderbetreuungskosten für finanzschwache Familien hin.

Im Rückblick auf die eigene Situation, als ihre Kinder noch klein waren, erzählt GR Mag. Dorner, dass sie vor ca. 10 Jahren bereits € 360,00/Monat für die Betreuung ihrer Tochter zahlen musste. Sie findet den vorgeschlagenen Monatsbeitrag zu gering.

Ab welcher Kinderzahl die TBE eröffnet werden soll, fragt GR Ing. Zier. Es müssen mindesten fünf Kinder verbindlich angemeldet sein, antwortet der Bürgermeister. Es wurden Berechnung zur Höhe der jährlichen finanziellen Belastung des ordentlichen Haushaltes angestellt, resümiert gfGR Dieter Dorner: Derzeit wird mit € 44.000,00 Kosten für die Kinderpädagogin abzüglich einer Förderung von 25 % (= € 11.000,--) pro Jahr gerechnet. Bei sieben Kindern zu € 350,00/Monat ergibt sich ein jährlicher Abgang von geschätzt € 7.000,00 für den Personalaufwand. Hierin sind die Betriebs- und Heizkosten noch nicht enthalten. Er spricht sich für die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten aus, jedoch nicht auf Kosten aller UntersiebenbrunnerInnen; der Kostenbeitrag der Eltern möge doch in Richtung Kostendeckung gehen. GR Steindl möchte wissen, ob die Förderung in Abhängigkeit des Betriebs ausgezahlt wird. Bgm. Steinmetz erläutert, dass die Auszahlung der Förderung nach der Fertigstellung der Baumaßnahme erfolgen wird. Allein die Personalkostenförderung ist selbstverständlich vom Betrieb abhängig. GR Steindl fragt weiter, ob für Kinder aus anderen Gemeinden der Beitrag in selber Höhe verrechnet werden wird, was ihm vom Bürgermeister bestätigt wird. GR Ing. Zier begrüßt dies, da der Verlust pro Kind geringer wird, je mehr Kinder – egal von wo – die TBE besuchen werden.

Vzbgm. Egel stellt den

Antrag: *Der Gemeinderat möge den monatlichen Elternbeitrag in den zuvor dargestellten Höhen für den Besuch der Tagesbetreuungseinrichtung Untersiebenbrunn und die Mindestanzahl zur Inbetriebnahme mit fünf Kindern beschließen.*

Abstimmungsergebnis: dafür: ÖVP, SPÖ, Steindl
dagegen: Mag. Alexandra Dorner, Dieter Dorner

Beschluss: *angenommen*

Zu TOP 5) Kostenbeitrag Mittagessen für Kindergarten und Nachmittagsbetreuung

Das Gasthaus Summerer hat per 30. Juni 2016 die Essenlieferungen für den Kindergarten und die schulische Nachmittagsbetreuung beendet. Für die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit wurde ihr ein Blumengruß übermittelt und bedankt sich Bgm. Steinmetz hiermit offiziell.

Er erteilt dem Vizebürgermeister das Wort. Dieser berichtet über die Erstkalkulation der Kosten pro Kindergarten- bzw. Hortmahlzeit inkl. Geräteankauf und die Überarbeitung in der Schul-, Kindergarten- und Jugendausschusssitzung am Dienstag, den 28. Juni 2016, 18.30 Uhr. Der Schul-, Kindergarten- und Jugendausschuss empfiehlt dem Gemeinderat den Kostenbeitrag für das Mittagessen im Kindergarten mit € 3,50 ebenso wie in der schulischen Nachmittagsbetreuung festzulegen.

Der Bürgermeister ersucht die Mitglieder des Gemeinderats um Wortmeldungen. GR Baumgartner erkundigt sich nach dem alten Preis, der bei € 3,00/Portion gelegen hat. GR Ing. Zier erkundigt sich nach dem Grund der Beendigung der Zusammenarbeit und nach den Kosten für die Anschaffung der Geräte (Öfen und Tiefkühler). Bgm. Steinmetz rekapituliert die Ereignisse bis zur Auftragserteilung an Gourmet.

Vzbgm. Egel stellt den

Antrag: *Der Gemeinderat möge die Kostenersätze für das Mittagessen im NÖ Landeskindergarten, in der Tagesbetreuungseinrichtung Untersiebenbrunn und in der schulischen Nachmittagsbetreuung mit € 3,50/Portion beschließen. Allfällige Einzelessen aufgrund von ärztlich bestätigten Allergien sollen nach tatsächlichem Aufwand im Nachhinein verrechnet werden.*

Abstimmungsergebnis: *einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)*

Beschluss: *angenommen*

Zu TOP 6) Subvention Rettungstransportwagen inkl. EKG-Gerät

Bgm. Steinmetz verliest das Ansuchen des Roten Kreuz Marchegg um außerordentliche Subvention für das Jahr 2016 in Höhe von € 2,00/Einwohner, das sind für Untersiebenbrunn nach derzeitigem Stand € 3.234,00 (Einwohner nach FIAG per 31.10.2014: 1.617). Er schlägt eine pauschale Subvention in Höhe von € 2.000,00, da die Unterstützung des Rettungsdienstes wichtig ist, die Gesamtsubvention für das Jahr 2016 bei der gewünschten Summe jedoch sehr hoch ausfallen würde.

Der Bürgermeister ersucht die Mitglieder des Gemeinderats um Wortmeldungen. GR Steindl erzählt, dass er den Einsatz eines Samariterbundwagens in Untersiebenbrunn gesehen hat, und vergewissert sich, ob andere Rettungsorganisationen von der Gemeinde finanziell unterstützt werden. Dies verneint der Bürgermeister.

GR Vales stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die zweckgebundene Subvention für den Ankauf eines Rettungstransportwagens inkl. EKG-Gerät für das Rote Kreuz Marchegg in Höhe von € 2.000,00 beschließen. Die Bedeckung erfolgt aus dem Ist-Überschuss 2015 und wird im Nachtragsvoranschlag 2016 dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 7) Subvention Vereine 2015

Bgm. Steinmetz bedauert, dass es bisher zu keiner Behandlung im Gemeinderat kam, und verliest aus dem Protokoll des Prüfungsausschusses vom 10. Feb. 2016 auszugsweise die Empfehlung für jeden Verein.

Künftig sollen die Vereine ihr Subventionsansuchen bis spätestens August für das Budget des Folgejahres einbringen. Die Prüfung der Kassenbelege des laufenden Jahres erfolgt davon unabhängig im Winter, sodass mit Jahresanfang die Subventionen für das Vorjahr ausbezahlt werden können.

Bezüglich der Betriebskosten, die dem Musikverein Untersiebenbrunn bisher verrechnet wurden, berichtet der Bürgermeister, dass im Jahr 2014 € 891,93 verrechnet wurden und für die Periode 2015 € 608,34 vorzuschreiben wären. Aufgrund des 85-jährigen Jubiläums des Musikvereins wird vorgeschlagen, einmalig auf den Betriebskostenanteil zu verzichten.

gfGR Wagner stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Subventionen 2015 in Höhe von € 500,00 für den Tennisclub Untersiebenbrunn; € 400,00 für die

Bücherei Untersiebenbrunn; € 1.400,00 und einmaliger Verzicht auf den Betriebskostenanteil für den Musikverein Untersiebenbrunn und € 1.000,00 für die Kampfmannschaft sowie € 900,00 für den Nachwuchs des Fußballclubs Untersiebenbrunn – gebunden an den Nachweis der aktiven Jugendanwerbung – beschließen. Die Bedeckung ist im Voranschlag 2016 dargestellt worden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 8) Übernahme von 32 m² ins Öffentliche Gut

Aufgrund der vielen Gespräche im Vorfeld der Sitzung, in der immer wieder auch Namen von betroffenen Privatpersonen zur Sprache kamen, schlägt Bgm. Steinmetz vor, für die Beratung dieses TOP aufgrund von Datenschutzgründen die Öffentlichkeit auszuschließen.

Bgm. Steinmetz stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Beratung und Beschlussfassung des TOP 8) in nicht-öffentlicher Sitzung beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Der Bürgermeister verschiebt die weitere Beratung des TOP 8) in nicht-öffentlicher Sitzung nach TOP 9).

Zu TOP 9) Verordnung Bausperre Bahnstraße

Im Zuge der Vorbesprechung eines geplanten Bauvorhabens beim Bausprechtag wurde vom Sachverständigen, DI Sodl, festgestellt, dass einerseits die gewünschte Bebauung der Bauwerberin aufgrund des Flächenwidmungsplans nicht genehmigungsfähig ist und andererseits sich bereits Gebäude auf der als Verkehrsfläche gewidmeten Fläche befinden. Der Bürgermeister schlägt daher vor, den geplanten Weg aus der Mitte des Grundstücks an den nördlichen Rand des Gst.Nr. 338/1 zu verlegen.

Um der Bauwerberin – abhängig von allen anderen Bestimmungen der NÖ Bauordnung – einen positiven Baubescheid zu ermöglichen, verliert der Bürgermeister den beiliegenden Verordnungsentwurf.

Bgm. Steinmetz stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Verordnung Bausperre Bahnstraße gemäß beiliegendem Entwurf beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Der Bürgermeister dankt den Gästen für ihr Interesse, unterbricht die Sitzung um 20.37 Uhr und führt sie ab 20.47 Uhr weiter.

Zu TOP 8) Übernahme von 32 m² ins Öffentliche Gut

Dieser Tagesordnungspunkt wird in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt. Das Protokoll wird bei den nicht-öffentlichen Sitzungen abgelegt.

Zu TOP 10) Werkvertrag Schularzt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt. Das Protokoll wird bei den nicht-öffentlichen Sitzungen abgelegt.

Zu TOP 11) Löschungserklärung EZ 1340, KG Untersiebenbrunn

Dieser Tagesordnungspunkt wird in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt. Das Protokoll wird bei den nicht-öffentlichen Sitzungen abgelegt.

Zu TOP 12) Löschungserklärung EZ 1337, KG Untersiebenbrunn

Dieser Tagesordnungspunkt wird in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt. Das Protokoll wird bei den nicht-öffentlichen Sitzungen abgelegt.

Zu TOP 13) Ausländergrundverkehr

Dieser Tagesordnungspunkt wird in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt. Das Protokoll wird bei den nicht-öffentlichen Sitzungen abgelegt.

Der Bürgermeister dankt den Mitgliedern des Gemeinderats für ihre Teilnahme an der Sitzung und schließt die Sitzung um 21.21 Uhr.